(3) Die Meistertätigkeit für Entwerfen, Maßnahmen und Zuschnitt ist nach den tariflichen Gehaltssätzen für technische Angestellte (Gruppe T 2) zu berechnen. Die Zeit der Meistertätigkeit für die einzelne Arbeit darf 15 % der Gesamtarbeitszeit nicht überschreiten. Für die Ausführung von Gesellenarbeit steht dem Betriebsinhaber der höchste örtlich zulässige Gesellenlohn zu, als Mitarbeit des Betriebsinhabers in diesem Sinne gelten nicht die allgemeine Leitung und Überwachung der Arbeit.

(4) Als Stundenlöhne für Gesellen und Arbeiter gelten die nachweisbar gezahlten, zulässigen Löhne des jeweils gültigen Tarifvertrages.

(5) Als effektiver Lohn für die Lehrlingsarbeit gelten für die produktiven Lehrlingsstunden im 1. Lehrjahr 50 %, im 2. Lehrjahr 66²/₃ %, im 3. Lehrjahr 75 % des jeweils tariflich zulässigen Gesellengrundlohnes.

§ 3

Materialkosten

(1) Für die vom Polsterer- und Dekorateurbetrieb gelieferten, tatsächlich in das Fertigungsstück eingegangenen Materialien sind die preisrechtlich zulässigen Einstandspreise zuzüglich des Materialkostenzuschlages zu berechnen.

(2) Unter Einstandspreis ist der preisrechtlich zulässige Einkaufspreis abzüglich aller Rabatte oder sonstigen Preisnachlässe, jedoch unter Belassung des Kassenskontos und zuzüglich der unmittelbaren, preisrechtlich zulässigen Bezugskosten, wie Fracht, Porto, Zufuhr, Verpackung, Transportversicherung usw., zu verstehen.

§ 4

Sonderkosten, Lohnnebenkosten

(1) Lohnnebenkosten (Wegegelder, Trennungsgeld, Auslösung, Kosten für Wochenend-Heimfahrten, Unterkunft- und Übernachtungsgelder usw.) dürfen, soweit sie nach dem jeweiligen Tarifvertrag zulässig sind, dem Auftraggeber in der tatsächlich entstandenen Höhe berechnet werden.

(2) Wegezeit innerhalb der Arbeitszeit gilt als Arbeitszeit.

(3) Die Kosten für Reisen bei Arbeiten außerhalb des Betriebsortes dürfen in preisrechtlich vertretbarer Höhe in Rechnung gestellt werden.

(4) Auf die Lohnnebenkosten (Ziff. 1) und die Kosten für Reisen (Ziff. 3) darf ein Zuschlag von 3,09 % erhoben werden. Sofern diese Lohnnebenkosten sozialversicherungspflichtig sind, darf ein Zuschlag von 30 % für lohngebundene Unkosten besonders berechnet werden. Lohnnebenkosten und Kosten für Reisen sind gesondert auszuweisen.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Durchführungsbestimmung tritt gleichzeitig mit der Preisverordnung Nr. 328 in Kraft.

Berlin, den 20. November 1953

Ministerium für Leichtindustrie

Dr. F e l d m a n n

Minister

Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung zur Regelung der Energieverwendung.

Vom 4. November 1953

Auf Grund § 16 der Verordnung vom 29. Oktober 1953 zur Regelung der Energieverwendung (GBl. S. 1094) wird zu ihrer Durchführung folgendes bestimmt:

Zu § 7 der Verordnung:

§ 1

(1) Die Betriebe haben, soweit nicht durch ein erteiltes Kontingent eine andere Regelung erfolgt ist, die nachstehenden Stromentnahmezeiten und -sätze einzuhalten:

a) Einschichtig arbeitende Betriebe und Betriebsabteilungen, in denen Maschinen oder Apparate nicht länger als 9 Stunden täglich elektrisch betrieben werden, dürfen in der Zeit

von 17.00 bis 21.30 Uhr

außer für Notbeleuchtung keinen Strom entnehmen. Die Stromentnahme in der Zeit von 21.30 bis 6.00 Uhr muß mindestens 50 % der monatlich tatsächlich entnommenen Gesamtstrommenge betragen.

b) Zweischichtig arbeitende Betriebe und Betriebsabteilungen, in denen Maschinen oder Apparate nicht länger als 17 Stunden täglich betrieben werden, dürfen in der Zeit

von 17.00 bis 21.30 Uhr

außer für Notbeleuchtung keinen Strom entnehmen.

Hierbei müssen 50 % der tatsächlich entnommenen Gesamtstromtagesmenge in der Zeit von 21.30 bis 6.00 Uhr bezogen werden.

c) Dreischichtig arbeitende Betriebe und Betriebsabteilungen, in denen Maschinen oder Apparate täglich länger als 17 Stunden elektrisch betrieben werden, dürfen werktags

von 6.00 bis 14.00 Uhr

höchstens ein Drittel der Gesamtstrommenge beziehen, während von 22.00 bis 6.00 Uhr mindestens ein Drittel der Gesamtstrommenge bezogen werden muß.

(2) Die als Gesamtstrommenge bezeichnete Strommenge ist die in dem Zeitraum von 24 Stunden bezogene elektrische Arbeit in Kilowattstunden (kWh).

Der Zeitraum von 24 Stunden beginnt

a) im Falle gemäß Abs. 1 Buchst. b um 21.30 Uhr,

b) im Falle gemäß Abs. 1 Buchst. c um 22.00 Uhr.

(3) Soweit noch nicht durch erteilte Kontingente andere Energiesätze festgelegt sind, ist die Leistungsentnahme der im Abs. 1 genannten Betriebe in den durch den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) bekanntgegebenen Hauptbelastungszeiten auf mindestens 70 % der durchschnittlichen Leistungsentnahme außerhalb der Hauptbelastungszeiten am Tage (zwischen 6.00 und 21.00 Uhr) abzusenken. Dies gilt auch für Betriebe, die ihren Leistungsbedarf ganz oder teilweise aus eigenen Erzeugungsanlagen decken und mit dem öffentlichen Netz parallel arbeiten. Die durch die 3%prozentige Absenkung freiwerdende Energie ist dem öffentlichen Netz zuzuführen. Die Leistungsentnahme